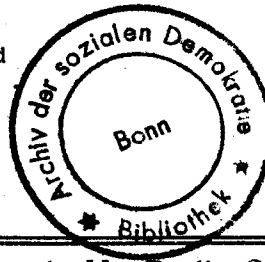


Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold

Beiträge von
Paul Löbe, Philipp Scheidemann,
Wilhelm Sollmann, Fritz Koch,
Robert Breuer, Arno Scholz,
Senator Gerth u. a.

1.—50. Tausend



Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68
Lindenstraße 114

45341

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Paul Löbe: Das Banner für die Republik	5
Philipp Scheidemann: Zwei notwendige Aufklärungen	8
Wilhelm Sollmann: Volkswohl im Volksstaat	11
Fritz Koch: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold	16
Arno Scholz: Die Jungmannschaften des Reichsbanners Schwarz- Rot-Gold	19
Robert Breuer: Im schwarz-rot-goldenen Kampfwagen	22
** Nationalistische Organisationen und Außenpolitik	24
Senator Gerfh: Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot	29

A45341

92367 FES13.05.76

Republikaner!

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dient nicht irgendwelcher Partei; es dient der Republik. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold kämpft für die Vorbedingungen jeder politischen Betätigung: für die Freiheit, für die Demokratie, für die Verfassung. Jedermann, der entschlossen ist, für diese hohen Güter des politischen und kulturellen Lebens einzutreten, darf und soll dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold beitreten; die Parteien aber, die, was sie auch sonst an Idealen haben mögen, für Republik und Demokratie kämpfen, müssen ihre Anhänger dem Reichsbanner zur Verfügung stellen.

Zu den Parteien der Republik gehört die Sozialdemokratie. Sie sieht und sucht selbstverständlich noch andere Ziele als das, die Staatsform der Republik unter allen Umständen zu schützen. Aber die Sozialdemokratie weiß, daß die Republik, wie sie durch die Weimarer Verfassung festgefügt worden ist, die Voraussetzung für jede weitere geistige Entwicklung der Arbeiterschaft und für deren Hineinwachsen in die ihr zustehenden Machtstellungen ist. Darum hat die Sozialdemokratie die Pflicht, für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu werben. Diesem Zweck will die hier vorliegende Flugschrift dienen. Möge sie von Hand zu Hand gehen und besonders die aufrütteln, die in stumpfer Gleichgültigkeit heute noch zur Seite stehen.

Es lebe die Republik!

Es lebe die politische Freiheit!

Das Banner für die Republik

Von Paul Löbe

Maulwürfe unterwühlen den Bestand der deutschen Republik. Draußen stärken sie die Reihen der nationalistischen Gegner durch ihren unvernünftigen Chauvinismus und die militärischen Maskeraden, die zwar Kinderspiel sind, aber ernst scheinen wollen, innen schaffen sie immer neue Herde der Unruhe, Putsch- und Attentatsstimmungen.

Fünf Jahre glaubten ehrliche Republikaner, der neue Staat würde sich selbst dagegen zur Wehr setzen. Aber er versagte. Seine Verwaltungsorgane wurden der monarchistischen Demonstranten nicht Herr, seine Justiz breitet schützend die Arme über die Staatsfeinde von rechts, seine Reichswehr hielt verdächtige Brüderschaft mit den illegalen Organisationen der Monarchisten. Von dieser Seite ist also eine Abwehr um so weniger zu erwarten, als die reaktionäre Welle die Deutschnationalen in die Regierungen verschiedener Bundesstaaten führte und damit die Exekutive in republikfeindliche Hände spielte.

Im Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ erhebt sich das republikanische Deutschland selbst, um seine Verfassung zu schützen. Lange genug hat unbegreifliche Geduld gegenüber allen Provokationen obgewaltet. Jetzt aber bricht die Bewegung mit einer Gewalt los, die hoffen läßt, daß das Versäumte in wenigen Wochen nachgeholt wird. Bataillone und Regimenter republikanischer Jugend und ehemaliger Kriegsteilnehmer formieren sich in den großen Städten, bald werden es Brigaden sein, und schon treten Kompagnien und einzelne Züge auch in den Dörfern unter dem schwarz-rot-goldenen Banner an, um dem Uebermut der Schwarz-weiß-roten entgegenzutreten. Eben kehre ich aus der Gründungsversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Hamburg zurück, die riesige Werkhalle vermochte die Rekruten der neuen Freiheitsarmee nicht zu fassen und unter unbeschreiblichem Jubel vollzog sich hier die Formierung des Abwehrheeres, dem der erste Bürgermeister Dr. Petersen einen demokratischen Geleitspruch auf den Weg gab. Der deutsche Arbeiter, der die stärksten Kadern zur republikanischen

Armeen stellt, war aus begreiflichen Gründen ein Gegner äußerlicher Uniformierung, militärischer Rangordnung, sichtbarer Abzeichen, Borten und Sterne. Aber wenn die politische Notwendigkeit es erfordert, wenn ein Teil der Jugend aus der Arbeiterklasse und des proletarisierten Mittelstandes eingefangen wird mit dergleichen Symbolen und Institutionen, dann müssen auch wir der Jugend geben, was sie durchaus nicht entbehren will und müssen schon im Interesse ihrer Schlagfertigkeit jene Organisationen schaffen, die sich jedem Gegner gewachsen zeigen.

Die Kampfschar trägt den Schild, von dem Turnvater Jahn im Februar 1849, als noch nicht alle Hoffnung erstorben war, in der Frankfurter Nationalversammlung sagte: „Ich will hier meinen Schild verkünden, weil ich ihn nicht aushängen kann. Mein Schild trägt drei Farben: schwarz, rot und gold. Und darauf steht geschrieben: Einheit, Freiheit, Vaterland!“ Sie wird den nationalistischen und vaterländischen Verbänden beweisen, daß nicht diejenigen die höchste Vaterlandsliebe besitzen, die sie am lautesten im Munde, am aufdringlichsten im Titel führen, sondern diejenigen, die unsere freiheitlichen Institutionen schützen, das Land für jeden wohnlich machen und dem freien Bürger seine Rechte sichern helfen.

Sie macht die deutsche Jugend aufmerksam, welche Irreführung es ist, wenn behauptet wird, Demokratie und Republik seien fremdländische, undeutsche, welsche Einfuhrartikel. Dagegen sprechen nicht nur die Versuche Steins und Hardenbergs, durch demokratische Verfassungen für Städte und Gemeinden den Wiederaufbau Preußens vor hundert Jahren zu fördern, dagegen sprechen nicht nur die blühenden deutschen Städterepubliken des Mittelalters, dagegen spricht die ganze Gemeinde- und Gauverfassung der alten Germanen, wo alle Rechte bei den freien, mündigen Bürgern und Bauern lagen und der Häuptling und Herzog, der „Volksbeauftragte“, auch der Herrscher ist.

Sie bestreitet den Monarchisten die Anschauung, daß die Monarchie, daß das Gottesgnadentum, dieses asiatische Gewächs, das in Europa seine wissenschaftliche Begründung und höchste Ausprägung unter Ludwig XIV. von Frankreich erfuhr, daß diese Staatsform der gottbegnadeten Obrigkeit und der rechtlosen oder minderberechtigten Untertanen deutsches Gewächs sei und deutschem Geist entspreche.

Die deutsche Demokratie und die deutsche Republik gegen jeden Angriff zu verteidigen, das ist in Zukunft die Sonderaufgabe des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Wir werden diese Farben in Stadt und Dörfern hissen und ein Wald von Fahnen soll über allen deutschen Gauen sichtbar werden. Unter diesen Fahnen aber soll sich sammeln, wer bereit ist, sie zu verteidigen: der Frontkämpfer, der gerungen und geblutet hat, nicht für Kaiser und

König, aber für Volk und Vaterland, der Jüngling, dem die Liebe zur Freiheit im Herzen glüht, jeder, dem die Republik ein unveräußerliches Gut geworden ist.

Tapfer sind die Feinde der Republik in der Regel nur, solange von keiner Seite ein fester, organisierter Widerstand zu erwarten ist. Wenn solcher Widerstand sichtbar wird, klappen sie zusammen und der lauteste Uebermut verkriecht sich ins Mauselloch. Das bloße Dasein einer Millionenorganisation wird die Ludendorffler im Zaume halten.

Doch nicht nur zur Abwehr der monarchistischen Reaktion, auch zur Erreichung positiver deutscher Ziele hissen wir das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Wir wollen heraus aus Kleinstaaterei und Partikularismus, wir wollen kämpfen für die geeinte großdeutsche Republik. Draußen vor den Toren des Reiches stehen deutsche Landsleute, denen die Friedensverträge das formelle Selbstbestimmungsrecht verliehen, die bei uns Einlaß gewähren. Heute hält die Entente die Tore noch geschlossen. Eines Tages müssen sie geöffnet werden. Wenn in die Friedfertigkeit unseres Volkes kein Ernsthafter mehr wird Zweifel setzen können, wenn große Organisationen, die der Freiheit und dem Frieden dienen, auch dem übrigen Europa zeigen, daß ihm von uns her keine Gefahren drohen, dann fällt der unwahrhaftige Vorwand, der den Deutschen in Oesterreich das Selbstbestimmungsrecht verkürzt. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird im Verein mit anderen Organisationen als Träger einer unwiderstehlichen Volksbewegung den Tag vorbereiten, wo die Grenzpfähle fallen und die Fahnen der geeinten Republik wehen vom Donaustrand und Alpenhang bis zu den Halligen im deutschen Meer.

Zwei notwendige Aufklärungen^{*)}

Von Philipp Scheidemann

Als die Debatten über das Versailler Diktat stattfanden, ging eine nationale Welle über unser Land. Das war geradezu selbstverständlich. Viele unserer Genossen leiden an der mir immer unfaßbar gewesenen Vorstellung, daß sie um Gotteswillen nicht in den Verdacht kommen dürfen, ebenfalls von nationalen Gefühlen be-seelt zu sein. Weil unsere Gegner im Reich nationalistisch sind und patriotische Purzelbäume schlagen, deshalb sollten wir ängstlich bemüht sein, zu verbergen, mit wie inniger Liebe wir an unserer Vaterlande hängen? Die wahren Patrioten sind wir, die wir unser schönes Vaterland so einrichten wollen, daß alle Landeskinder gleiches Recht und gleiche politische Freiheit haben, und daß jeder sich wohl in der Heimat fühlen kann! Es ist mir immer sehr gegen den Strich gegangen, wenn ich die banalsten Redensarten über unsere Internationalität habe hören müssen. Sind wir denn international, weil wir die Nation gering achten oder gar für einen allgemeinen Völkerbrei uns erwärmen? Um Gotteswillen: Nein! Den habe ich in Amerika kennen gelernt, aber dort sind gerade die Sozialdemokraten auf das eifrigste bemüht, die verschiedensten Sprachengruppen wieder zusammen zu bringen. Anders ist an die Arbeiter überhaupt nicht heranzukommen.

Wir sind international, weil wir wissen, daß eine jede Nation nur dann ihr Höchstes und Bestes an Kulturwerten, an Kunst und Wissenschaft wird leisten und aller Welt geben können, wenn sie

*) Die beiden nachstehenden Absätze sind Teile der Rede, die Scheidemann am Rathenau-Tage in dem großen Saal der „Neuen Welt“ vor Tausenden von Arbeitern hielt. Eine tapfere Rede, die nichts verschleierte und die Massen nicht schonte. Wenn wir Scheidemann baten, uns zu erlauben, diese beiden Stellen nachzudrucken, so geschah das, weil uns dringend notwendig erscheint, gerade heute, im Zeichen des Banners Schwarz-Rot-Gold, das die Massen endlich fest in die Faust nehmen, über zweierlei aufzuklären: 1. wie wir die Reichswehr verpaßten; 2. wie wir den Pseudonationalen zu ihrer Lügenexistenz verhalfen. Aus solcher Aufklärung aber solle zweierlei Wille wachsen: Unser die Reichswehr! Wir das Vaterland!

nach jeder Richtung hin durch eine „Internationale“ gesichert ist: in ihrem Bestande, ihrer Arbeit, ihrem Warenaustausch, ihrem Frieden. International gesicherter Frieden heißt überflüssig gewordener Militarismus, heißt international gesicherte Sozialpolitik: Achtstundentag, Arbeiterschutz, Frauenschutz, Kinderschutz — was hätte das gemein mit irgendwelcher antinationaler Gesinnung? Ich habe Jean Jaurès begeistert zugestimmt, als er den Begriff der Nation in die schönen Worte kleidete:

„Die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts und es stünde dem Proletariat schlecht an, die kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern.“

Unsere nationale Gesinnung ist himmelweit entfernt von der nationalistischen Gesinnung unserer Gegner. Bei diesen ist „national“ gleichbedeutend mit der Gier nach der Macht für eine bestimmte Klasse im Reich und der Vormachtstellung des Reichs in der Welt. So haben sie auch das herrliche Lied Hoffmanns von Fallersleben: „Deutschland über alles“ tendenziös geschändet und aller Welt die Ueberzeugung beigebracht, daß Deutschland über alle und alles zu herrschen bestrebt sei. „An deutschem Wesen soll die Welt genesen!“ Was haben derartige Worte dazu beige-tragen, alle Welt gegen Deutschland aufzuhetzen! Nationalistische Gesinnung ist Intoleranz, Ueberheblichkeit ist Streit, ist Bedrohung, ist Krieg oder doch dauernde Rüstung zum Krieg.

Nationale Gesinnung ist innige Liebe zum Vaterlande, ist die Selbstverständlichkeit, alle Nationen, alle Menschen als gleichberechtigt anzuerkennen; ist der Wille, durch internationale Garantien jedem Volke die Möglichkeit zu schaffen, alles seiner besonderen Veranlagung und Begabung entsprechend in höchster Vollendung schaffen und mit aller Welt austauschen zu können. Für den wahrhaft nationalen Menschen, gleichviel ob er Deutscher, Franzose, Italiener oder Russe ist, ist die Internationale der Schutz und Schirm für die Heimat, an der er mit allen Fasern seines Herzens hängt, die er liebt — „über alles in der Welt“.

* * *

Am meisten schimpfen auf die SPD., auf die Reichswehr und viele Andere junge „Radikale“, die 1914 noch die Schulbank drückten, die keine Ahnung haben von der Riesenarbeit, die die SPD. politisch und wirtschaftlich geleistet hat. Nichts an der Kulturarbeit mitgeleistet, nichts miterlebt aus der Vorkriegszeit, nichts darüber gelesen, nur beim Granatendrehen radikale Redensarten gehört: die Sozialdemokraten sind Arbeitverräter, Sozialpatrioten. Das war die politische Erziehung vieler von denen, die jetzt „radikale Führer“ sind. O, sie können den Moskauern erstaunlich fix gehorchen, schwenken auf die Pffiffe der Sobelsöhne

Radek und Sinowjew ein, wie alte preußische Unteroffiziere; machen Putsche auf Befehl; können wunderbar auf Kindertrompeten blasen und auf zwei Fingern pfeifen — aber was können sie sonst? Sie zersplittern und lähmen die Arbeiterbewegung und fördern damit die Geschäfte der Kapitalisten ...

Wie wurde denn die Reichswehr, an der wahrscheinlich nur sehr wenige Menschen ihre Freude haben? Ihre Väter waren Radikale von 1918/19. Der Radikale Emil Barth nennt sie in seiner Schrift bei Namen.

Die Volksbeauftragten wollten wahrhaftig kein neues Heer aufstellen. Sie waren der Meinung, daß der Bedarf der deutschen Arbeiter und Bürger an Militarismus vollkommen gedeckt gewesen sei; nahmen an, daß alle zufrieden sein würden, wenn ausschließlich Schutzleute uniformiert würden, die aufzupassen hätten, daß nicht einer dem andern die Fensterscheiben einschläge. Weit gefehlt! Die „Radikalen“, die in der Revolutionszeit täglich mit Handgranaten und Maschinengewehren auf den Berliner Straßen demonstrierten, um die sechs Volksbeauftragten einzuschüchtern, zwangen schließlich zur Abwehr. Und warum wurde diese nicht so, wie sie von den Volksbeauftragten gewünscht wurde und auch hätte werden können? Weil die „Radikalen“, die die Pressekommissionen beherrschten, die Veröffentlichung aller Aufrufe verboten, durch die die klassenbewußte Arbeiterschaft zum Eintritt in die Wehren aufgefordert wurde. So wurden die Sozialdemokraten von radikalen Genossen aus der Reichswehr ferngehalten und jetzt schimpfen gerade wieder die Radikalen auf die Reichswehr, weil sie so ist, wie sie sie erzwungen haben.

Volkswohl im Volksstaat

Von Wilhelm Sollmann

Ueber die Ursachen unserer Wahlniederlage sind die Meinungen sehr geteilt; in dem Willen, am nächsten Wahltag die Partei an Mandaten zum Reichstage wieder nach Möglichkeit zu stärken, ist die ganze Partei einig. Wir alle sind des Glaubens, daß die Gunst der Wähler sich bald uns wieder in höherem Maße zuwenden wird. Alle sind wir wohl auch der Meinung, daß unsere Aussichten auf Erfolg, so sehr sie von vielen wirtschaftlichen und politischen Kräften abhängig sind, um so größer sein werden, je klarer und sicherer wir den Massen sagen, was wir mit vermehrter parlamentarischer Macht eigentlich wollen.

The New Statesman hat neulich der deutschen Sozialdemokratie vorgehalten, unser Uebel sei nicht, daß unsere Politik nicht sozialistisch gewesen sei, sondern daß wir überhaupt keine Politik gehabt hätten. Nicht eine sozialistische Partei der Welt habe jemals solche Möglichkeiten gehabt. „Wären die sozialdemokratischen Führer ihnen gewachsen gewesen, so wäre die Arbeiterklasse jetzt, statt gespalten und ohnmächtig zu sein, die Beherrscherin Deutschlands.“ Nun wissen wir natürlich alle, welche Zwangsläufigkeiten durch den Verlust des Krieges, durch die dauernden Operationen ausländischer Pfuscher am deutschen Reichskörper, durch die immer mehr sich ausbreitende Besetzung deutscher Gebiete, durch die Begünstigung kapitalistischer Korruptionswirtschaft gerade auch von außen her unsere Politik „negativ“ gestalteten. Die Siegerländer haben gar keine Möglichkeit, sich in die deutschen Schwierigkeiten dieser fünf Jahre hineinzudenken, mit seinen ungeheueren innerpolitischen Gegensätzen, unter denen die Schwierigkeiten mit und zwischen den Ländern nicht die geringsten sind, mit seinen schroffen Abgründen in ausgedehnter Landwirtschaft und zahlreichen industriellen Gebieten, mit seinen Jahrhunderte alten Traditionen des straffsten Militarismus der Welt.

Das uns oft als Vorbild hingestellte Oesterreich, dessen sozialdemokratische Partei wir sicher in vielem bewundern, hatte als Kleinstaat mit einer einzigen Riesengemeinde nicht entfernt die unendlich verwickelten Probleme vor sich, die Deutschland zu überwinden hatte.

Und doch ist richtig: es fehlte uns nicht erst seit der Revolution, sondern seit dem 4. August, als zum ersten Male ungeheuer groß die Frage der Verantwortung für Sein oder Nichtsein Deutschlands vor uns emporwuchs, an einem einheitlichen, entschlossenen, von der Glut einer Ueberzeugung getragenen Parteiwillen. Seitdem hinderte uns ein dauernder Zwiespalt, der auch nach der Trennung in mehrere Parteien noch in uns forttraß und nach der Wiedervereinigung mit den „Unabhängigen“ eine Zeitlang uns beinahe vollkommen lähmte. Das war das üble Jahr, in dem wir entweder nicht wußten, was wir wollten, oder wenn wir es wußten, die Tat nicht wagten, weil es angeblich die Partei nicht ertrüge. Diese Unsicherheit, die im letzten Viertel des Jahres 1923 wahrhaft groteske Sprünge machte, hat uns mehr geschadet als viele früheren Fehler und manches Versagen zusammen.

Es fehlte uns am Willen zur Macht in diesem Staatswesen Deutschland. Ich übergehe die Kriegsjahre, obwohl in ihnen — anders als unsere „oppositionellen“ Genossen meinen — die Wurzeln zu unserer lauen Politik nach dem November 1918 gelegt wurden. Aber wie war es nach der Umwälzung? Statt des Willens, den größten politischen Fortschritt in einem Jahrhundert deutscher Geschichte zu nutzen, statt der Freude an der Macht, statt der Festigkeit des Regierens, kam sofort in zwei, drei sozialistischen Gegenparteien das Nörgeln an der „formalen Demokratie“, die wir ein halbes Jahrhundert erstrebt hatten, das Experimentieren mit lächerlich theoretischen Räteverfassungen, das mutlose Zurückweichen vor der unvermeidlich festen Handhabung einer starken Staatsgewalt, die Unlust an der Nationalversammlung und, was dann wie ein Verhängnis über den kommenden Jahren lag: das Plätschern in der leicht gekräuselten Binnensee innerer Politik, während draußen in schwerster See auch der deutschen Arbeiterklasse Schicksal zu scheitern drohte. Gewiß sahen viele von uns, was wirklich vorging, aber der hemmungslose, unverantwortliche Wettbewerb von weiter links wühlte sich rasch tiefer in unsere eigene Reihen. Damals begann das Unsicherwerden auch sozialdemokratischer Massen an den „Errungenschaften der Revolution“. In Versammlungen, Presse und Betrieben wurden politische Ideale, für die die große Seele eines Lassalle sich entflamte und der Führer Ludwig Frank in den Tod ging, verhöhnt und vereckelt, bis der Wille zermürbt war, der mit festen Fäusten sie hätte schützen müssen. Statt den Massen zu sagen, daß im Oktober und November 1918 ein politisch Neues und trotz allem Großartiges in die deutsche Geschichte gekommen sei, das nun von uns in langer zäher Arbeit mit sozialem und demokratischem Inhalt erfüllt werden müsse, wurde von Leuten ohne Schwung und ohne Glauben in allen Bierlokalen die Frage hämisch „ventiliert“: „Ja, was hat uns denn die sogenannte Revolution eigentlich gebracht?“ und prompt mit: „Nichts!“ beantwortet. Eine „Erkenntnis“, die inzwischen bekanntlich auch die Grundlage völkischer Politik geworden ist. Mittlerweile haben sich freilich mancher und manches

geändert, die meisten und das meiste zu spät. Man darf rückschauend fragen: Wie stände die Partei und die deutsche Republik heute wohl da, wenn im Winter 1918/19 alle diejenigen, die nun nicht mehr um Koalitionspolitik, um Demokratie oder Räteystem sich streiten, die deutsche Arbeiterklasse so einig geführt hätten, wie sie jüngst in Berlin gemeinsam die Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien als eine taktische Zweckmäßigkeit bezeichnet haben.

Wenn ich den Sinn des Berliner Parteitages recht verstehe, so ist es der: wir wollen die demokratischen Formen dieses Staates mit aller Kraft schützen gegen den Rückfall in halbabsolutistische Verfassungen und gegen den Raub durch Diktatoren; wir wollen stark werden, den Willen dieses Staates selbst zu lenken und, solange wir nicht stark genug sind, bereit sein, Koalitionen einzugehen, die dem demokratischen und sozialen Fortschritt dienen. Jedenfalls, und das ist das wesentliche, hat der Parteitag die Verfassung der Demokratie als den besten Boden für die Entwicklung der Klassenkämpfe der Arbeiterklasse und deren Aufstieg zur politischen Macht und zu sozialistischen Gesellschaftsformen anerkannt. Die Partei muß nun diesem Beschluß in ihrer Presse, in ihrer Werbearbeit, in ihrer Politik bis in alle seine Konsequenzen folgen. Natürlich ist „Demokratie“ vieldeutig und an Gestaltungsformen reich, natürlich wird niemand von uns bestreiten, daß die Paragraphen von Weimar entwicklungsfähig sind, natürlich beschäftigt uns alle die Verfälschung des in der Demokratie zum Ausdruck kommenden Massenwillens durch die Mammutkapitalisten, aber für die absehbaren Ziele unserer Politik bietet uns die gegenwärtige Verfassung auch genug Bewegungsfeld. Darum müssen wir alle Zweifel sucht an dem Werte der Demokratie für die Arbeiterklasse zurückdrängen durch den Willen zur Macht in der Demokratie.

Ueber die Politik der englischen Sozialisten erlaube ich mir kein Urteil. Sie scheint sich aber von der vieler deutschen Sozialisten in den letzten Jahren auch dadurch zu unterscheiden, daß sie unbeirrt dem Ziele zustrebt, mit den Mitteln der demokratischen britischen Verfassung zur demokratischen Herrschaft über das Reich zu kommen. Im Augenblick des Erreichens der ersten Staffeln zur politischen Macht hat dann die Labour Party nicht theoretisiert über „formale“ oder „sozialistische“ Demokratie, hat sie keine Rätephantasien entwickelt, hat sie sich nicht mit Abscheu von dem ausgezeichneten britischen Heere und mit Grausen von Seiner Majestät ruhmvollen Flotte gewendet, hat sie sich nicht überlegt, ob es mit ehrwürdigen sozialistischen Ueberlieferungen vereinbar ist, eine Uniform anzuziehen, haben ihre Führer sich nicht geziert, etliche Höflichkeiten und Zeremonien über sich ergehen zu lassen, man hat sich breitbeinig auf das Inselreich gestellt und zugepackt. Aber auch dabei läßt man die Wirtschaft zunächst beiseite, sintemalen es schließlich zurzeit noch leichter sein dürfte, in kurzer Frist eine leidliche Uebereinstimmung zwischen England und Frankreich und Deutschland herbeizuführen, als

etwa die Kohlengruben oder die Textilfabrikation zu sozialisieren. Eins nach dem anderen. Wir werden das auch in Deutschland noch lernen.

Jedenfalls dürfen wir uns nicht damit trösten, daß die Massen die Wichtigkeit der politischen Demokratie schon besser begreifen werden, wenn sie erst einmal das wirtschaftliche Elend nicht mehr so stark preßt und ihnen alle Freude am Staate und alles Vertrauen in das Wahlrecht nimmt. Es könnte zu lange dauern, bis es allgemein besser wird. Den Massen, die 1919 und 1920 gegen die Demokratie rebellierten, ist es wirtschaftlich besser gegangen, als etlichen Millionen sozialdemokratischer Wähler im Jahre 1924. Diese Schichten haben damals sich erhoben, weil sie durch formale Aenderungen in der Wirtschafts- und Staatsverfassung sich Wunderdinge für die Besserung ihrer Lage versprochen. Die Sozialdemokratie, überzeugt, daß sie die Produktion und die Staatsordnung nur zu stören befähigt seien, hat sich ihnen entgegengeworfen, und sie wird in Zukunft erst recht nicht von dumpfen Empörungsgefühlen, die gewiß viele traurige Ursachen haben, ihre Politik bestimmen lassen dürfen. Sie wird, worüber wir uns ganz klar sein müssen, vorübergehend auf die Nur-Unzufriedenen verzichten und sich dafür Neuland erschließen müssen. Viele der reinen politischen Toren und Gewaltstürmer werden erst durch Schaden und Enttäuschungen für uns reifgemacht werden können.

Wir müssen mutig bekennen, daß der Klassenkampf auf dem Boden einer demokratischen Republik sich politisch im wesentlichen in Reformarbeit vollziehen wird. Solange die demokratischen Rechte bestehen und ihre Ausübung nicht behindert wird, was wiederum sehr stark von uns abhängt. Gute Reformen bringen uns den revolutionären Zielen des Sozialismus näher als alle lärmenden Aktionen. Warum benutzen wir zum Beispiel die Bodenfrage nicht nur zu einem parlamentarischen Antrage, der monatelang in den Drucksachenlagern des Reichstages schlummert, sondern, verbunden mit einem umfassenden Wohnbauprogramm, zu einer großen aufrüttelnden Volksbewegung? Wir würden Wunder an Werbekraft gerade in geistig und sittlich sehr wertvollen Volksschichten erleben. Wobei einzuschalten ist, daß nach meinen Beobachtungen die Sozialdemokratie in den jüngsten Jahren sich meist dort am besten gehalten hat, wo die vom Elend bedrohten Massen sich durch eigene Bodenbenutzung vor dem Hunger retten konnten und nicht der dumpfen Hoffnungslosigkeit verfallen mußten. Mit Menschen, die dauernd und durch Generationen nur in Großbetrieben und in Mietskasernen ihr Leben verbringen, ist überhaupt keinerlei aufbauende Politik zu betreiben. Wer den Sozialismus als eine ganz große kommende Revolution erlebt, als eine gewaltige Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft, als eine unendliche Vertiefung der Seele, muß beim Anblick der verkümmerten Brüder und Schwestern in unseren verfluchten Großstädten und Industriehöllen erkennen: so kommt der sozialistische Mensch uns nicht. Wer die sozialistische Gesellschaft noch so fern sieht, wie wir, muß die

Kämpfer für dieses Ideal so ausrüsten, daß ihnen nicht lange vor dem Ziele Kraft und Glauben schwinden. Wenn aus vielen äußeren und inneren Gründen große industrielle Sozialisierungen nicht möglich sind, so gibt es keine unübersteigbaren Hindernisse gegen eine Veredelung und Verwurzelung des Industriemenschen durch den Acker.

Seit dem Berliner Parteitag ist die Sozialdemokratie an Namen und Gehalt wieder die Sozialdemokratie. Sie hat unter Ablehnung aller Konzessionen an proletarische Diktatur und ähnliche inhaltlose und verworrene Schlagworte sich fest zu dem Willen bekannt, die Republik von Weimar nicht nur zu schützen, sondern sie sozial und demokratisch zu entwickeln. Dieser Gedanke ist so umfassend, daß er alle erreichen und bewegen kann, die über dieses barbarische Zeitalter hinaus zu sozialistisch organisierten Gesellschaftsformen streben. Wir müssen unsere Türen weit aufreißen und jeden einspannen, der mit uns die seit dem Krieg doppelt geschlagenen und gesunkenen Volksmassen ein Stück höher ziehen will. In dieser Arbeit mögen wir neue, weit in die Zukunft schauende Theorien finden. Für die drängendsten Aufgaben aber fordert die Gegenwart stürmisch und drohend ihr Recht.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Von Fritz Koch

Schon 1919 wurde versucht, Organisationen zum Schutze der Republik zu gründen. Republikanische Frontkämpfer-Vereine entstanden hier und dort, ohne jedoch größere Massen für sich zu interessieren. Auch der republikanische Führerbund verschwand bald nach dem Kapp-Putsch aus der Öffentlichkeit. Die Absichten der politischen Parteien, innerhalb der eigenen Reihen Sicherheitsabteilungen zu bilden, gelangen nur in einzelnen Bezirken. Die Ursache für solch Nichtgelingen lag hauptsächlich darin, daß die Mehrheit des deutschen Volkes durch die Erfahrungen des Krieges grundsätzlicher Gegner jeder militärischen Unternehmung geworden war. Zum andern unterschätzte die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, die an nichts weniger interessiert ist, als an monarchistischen Putschen oder gar daran, Untertan der Herren Hergt und Graefe zu werden, die auf Zertrümmerung der Republik und Vergewaltigung der Demokratie tatsächlich eingestellten Versuche der kompakten Reaktion. Es bedurfte erst zahlloser Belehrungen, frecher Angriffe und dreisterer Drohungen, ehe der Widerstandswille der bis dahin unpolitischen Massen erwachte. Da kam der 9. November 1923, der Marsch auf Berlin, und zeigte dem deutschen Volke mit erschreckender Deutlichkeit, wohin der Weg führen mußte, wenn nicht der Versuch gemacht wurde, mit allen Mitteln die Putschisten zu bekämpfen. Der Münchener Gewalttag zeigte weiter, daß mit Hilfe geistiger Aufklärung allein die Republik nicht geschützt werden konnte. Endlich erwachte die deutsche Nation. Ganz aus sich selbst heraus entstanden in größeren Industriebezirken Abwehrorganisationen, die wie die bisherigen Kampfverbände der Republikfeinde auf militärischer Grundlage aufgebaut waren. So entstanden der „Neue Stahlhelm“ in Niederschlesien, der „Republikanische Frontkämpferbund“ in der Niederlausitz und ähnliche Organisationen mehr. Späte, aber noch nicht zu späte Erkenntnis, daß die hartnäckigen und tückischen Gegner der Republik demnach nur mit den Mitteln bekämpft werden können, mit denen sie die Republik angreifen, hat diese Organisationen

republikanischer Wehrhaftigkeit aus dem Boden gestampft. Die politischen Parteien warteten zunächst ab. Erst Anfang Januar dieses Jahres änderte sich das. Die Provinz Sachsen hatte eine starke republikanische Organisation auf militärischer Grundlage errichtet, und der Oberpräsident Hörsing als deren Leiter berief Ende Februar eine Konferenz, die aus allen Bezirken des Reiches beschickt wurde. Auf dieser Konferenz wurde das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ geschaffen. Die Organisation ist in 32 Gaue gegliedert. Magdeburg wurde zum Sitz der Bundesleitung gewählt, Oberpräsident Hörsing zum 1. Vorsitzenden. Die Gauleitungen wurden nach der Konstituierung von der Bundesleitung bestätigt, damit einheitliche Arbeit im ganzen Reich gesichert ist. Innerhalb der Gaue werden Kreise gebildet mit Kreisleitungen in den Kreisvororten.

Die auf dieser Grundlage gebildete Organisation nahm über alles Erwarten einen riesigen Umfang an. Der Mitgliederzuwachs konnte nicht bewältigt werden. Monatlang mußten Neuangemeldete auf Benachrichtigung warten. Es war einfach nicht möglich, mit den vorhandenen Kräften auszukommen. Die Zuschriften, die wir aus allen Kreisen der Bevölkerung erhielten, atmeten eine Begeisterung für unsere Sache, die unseren Bund zu den größten Hoffnungen berechtigen kann. Man hat erkannt, worauf es ankommt: die Bevölkerung für die Farben der Republik und den republikanischen Staatsgedanken zu gewinnen und in die Jugend Begeisterung für die Republik zu tragen. Dadurch sind sie den völkischen Mörderorganisationen zu entziehen. Das ist mehr wert, als wilde, gewalttätige Handlungen zur Bekämpfung des Fascismus. Der Bund wird die Aufgabe haben, die Behörden der Republik, die Reichswehr und die Schupo, gegen alle antirepublikanischen Kundgebungen zu unterstützen. Das Feiern republikanischer Tage wird ein starkes Gegengewicht gegen die „Deutschen Tage“ der nationalistischen Verbände werden, und der deutschen Republik im Ausland das Vertrauen verschaffen, welches das deutsche Volk braucht, damit die jetzt eingetretene Wendung in der Außenpolitik von Dauer sein kann.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben muß unsere Organisation eine straffe Leitung haben, der sich alle Glieder der Organisation in freiwilliger Disziplin unterordnen. Im Dienst der Republik kann persönliche Streberei nicht geduldet werden und Veranstaltungen, welche nicht in den Rahmen unserer Organisation gehören, nicht unternommen werden. Die republikanischen Organisationen können keine Massenbewegungen werden, wenn die an der Spitze stehenden Personen die Sache nicht von der Persönlichkeit zu unterscheiden vermögen. Wir werden rücksichtslos alle diejenigen, die glauben, die Organisation als Sprungbrett zu irgendeiner Laufbahn benutzen zu können, aus unseren Reihen ausscheiden. Nur so wird es möglich sein, unser „Reichsbanner“ als Republikschutz groß und

stark zu machen, es zu einer Macht werden zu lassen, mit der jeder Feind der Republik ernstlich zu rechnen hat.

Der Aufschwung der bisherigen Bewegung zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Von unserer Stärke kann sich jeder ungefähr ein Bild machen, wenn er den Bericht der Gauleitung Berlin-Brandenburg sieht, aus welchem hervorgeht, daß seit Anfang Mai in der Provinz Brandenburg täglich durchschnittlich vier Ortsgruppen neu gegründet werden, und bisher in Brandenburg über 400 Ortsgruppen entstanden sind. Es gibt Ortschaften, wo fast sämtliche Männer des Ortes Mitglieder geworden sind. Ich glaube mich keiner Uebertreibung schuldig zu machen, wenn ich behaupte: im Jahre 1925 wird es in Deutschland eine fascistische Bewegung nicht mehr geben. Der republikanische Gedanke wird vielmehr in der Mehrheit der Bevölkerung so fest verankert sein, daß kein Ansturm mehr auf die Grundfesten der friedfertigen Republik Deutschland mehr gewagt werden wird.

Die Jungmannschaften des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Von Arno Scholz

Heute gibt es nur eine Meinung: Es ist allzu sehr verabsäumt worden, für die Republik und die Weimarer Verfassung zu werben. Die Republikaner schienen darauf verzichtet zu haben, durch irgendwelche politische Kundgebungen oder feierliche Schaustellung republikanischer Abzeichen die republikanischen Ideen in das Gefühlsleben der Massen einzufiltern.

Schmucklos und schlicht waren all die Feiern, die Republikaner veranstaltet haben. Sonn- und Feiertage waren der Republik nicht beschieden. Tage der massiven Sammlung aller Republikaner zu wuchtigen Meetings sehr selten.

Erst nachdem einige republikanische Parteien, an deren Spitze die Sozialdemokratie und mit ihr die Arbeiterjugend republikanische Feiern veranstalteten, wurde auch der Gedanke wieder in Erwägung gezogen, der Republik einen allgemeinen, das ganze Land überstrahlenden Feiertag zu geben. Ernste, wie jungfrohe Feiern, die unter den schwarz-rot-goldenen Farben für die republikanischen Gedanken werben sollten, wurden zuerst von der Jugend veranstaltet. Der zweite Reichsjugendtag der Deutschen Arbeiterjugend in Bielefeld war erste Sammlung wirklich und wahrhaft überzeugungstreuer Anhänger. Von der Sparrenburg zogen im Flammenmeer unzähliger Fackeln die Jungrepublikaner durch die Straßen Bielefelds; überall stürmisch begrüßt, demonstrierten sie gegen Krieg und Militarismus unter der Parole: „Nie wieder werden wir eure Soldaten!“ Der Bielefelder Fackelzug war der erste Aufschrei der Jugend, die noch an ihren Kriegswunden blutete. Von den Höhen der Sparrenburg, in der Nähe des später besetzten Ruhrgebiets, hat auch das Ausland zum ersten Male des neuen Deutschlands Schrei nach Frieden und Freiheit vernommen. Zum zweiten Gedenktage der Annahme der Verfassung war es wieder die Jugend, die in begeisterndem und mitreißendem Zuge leuchtender Fackeln durch den Norden Berlins zog. Viele tausende begeisterter Anhänger des neugeschaffenen jungen

Staates zogen zum Staatstheater, um hier, im Repräsentanten der Republik, diese selbst zu ehren. Von allen Feiern dieses Verfassungstages — und es waren nicht wenige — war die überraschendste und eindrucksvollste die der Jugend. Was an langen Heimabenden, durch Vortrag und Diskussion gewachsen war, kam begeistert zum Ausdruck: Die Erkenntnis von der Tiefe und Gerechtigkeit und der Wirkungskraft des demokratischen Gedankens. „Die Republik,“ so waren die Worte des Reichspräsidenten Ebert, „hat ihre besten Tage und ihre Zukunft, wenn die Jugend bei ihr steht!“ Am Tage der Ermordung Rathenaus verwandelte die Jugend ihr flackerndes Sonnenwendfeuer in ein Flammenzeichen erster Einkehr, stiller Gedenkstunde an den großen Toten. Würdige Verehrung des Besten, den die Republik verloren hat. Ein Jahr später zog die Jugend zum ersten Male in geschlossenem Zuge zum Grabe Rathenaus.

Die Jugend hat auch in Zeiten ernster Bedrängnis des republikanischen Gedankens tapfer ihren Mann gestanden. Die langen Totenlisten der Gefallenen aus den Tagen des März- und des Kapp-Putsches führen die Namen vieler, die aus der Jugendbewegung in die Reihen der Älteren eingetreten waren, um zu kämpfen und zu fallen.

Die Aktivität der Rechtsradikalen, der feste Wille aller der Republik feindlich gesonnenen Parteien, bewaffneten Widerstand gegen die Republik zu organisieren, war für die Jungrepublikaner Veranlassung, sich zum Schutz für den republikanischen Staatsgedanken fester zusammenzuschließen. In unzähligen Kundgebungen hat die gesamte republikanische Jugend dem jungen Staat einmütig ihr Treubekenntnis abgelegt, und als die Tage ernster wurden, reihte sich in die Schutztruppe der Republik auch die Jugend mit ein. In München und Nürnberg, vorher schon in Oesterreich, trat die Jugend in die Reihen des republikanischen Selbstschutzes ein.

Die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold war für die Jugend Veranlassung, Jungmannschaften zu gründen. Ueberall, in jeder Stadt, in jedem Dorf traten die Jungrepublikaner zusammen zur Gründung der Jungmannschaften des Reichsbanners. Die Republik braucht zur Verteidigung jeden Mann; mehr noch braucht sie zur Vertiefung, zur Weiterentwicklung und zu ihrem Ausbau die heranwachsenden Kräfte der Jugend. Die Jungmannschaften stellten sich als Aufgabe: Alle republikanischen Jugendorganisationen zum Abwehrkampf gegen alle Feinde des republikanischen Gedankens zusammenzuführen. Neue Kräfte zu werben. Systematische Erziehung aller zum republikanischen Gemeinschaftsgedanken und zum wahrhaften republikanischen Staatsbürger. Die republikanische Jugend hat gezeigt, daß in ihren Reihen Eigendisziplin und Einigkeit herrschen, ohne daß sie durch Militärverbildungsanstalten gegangen ist. Die Jugend will wissen lassen, daß sie, trotz scharfer Kundgebungen

gegen den Krieg, aus Begeisterung für die Idee der Republik Angriffe auf die Republik auch wehrhaft zurückzuschlagen gesonnen ist.

Die Jugend allein kann Sicherung bieten für eine Verewigung der demokratischen Staatsform. Nur wenn es gelingt, der Jugend die Stärke des demokratischen Gedankens einzuhämmern, gibt es eine Gewähr für die heutige Generation, daß nicht alles, was heute im Sinne der Demokratie vollbracht wird, vertane Arbeit war. Die Aufgaben der Jugend sind darum auch zwiefach: einmal muß sie versuchen, gezwungen durch die Politisiererei Rechts- wie Linksradikaler, eine gewaltige Aufklärungsarbeit durchzuführen, die erst einmal die Jugend abbringen soll, bauernfängerischen Jugendorganisationen als Schaufiguren bei Paraden oder Putschen zu dienen. An dieses gewaltige Aufklärungswerk muß sich dann anschließen die Beschäftigung mit den politischen, staats- und wirtschaftspolitischen Fragen. Die Jugend muß geschult werden zu Staatsbürgern, deren Handeln und Denken beeinflußt sein muß von der Verantwortung gegen den Staat. Die republikanische Staatsform bestimmt: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus; jeder Bürger ist vor dem Gesetz gleich — Sätze, die einen jeden zum Denken veranlassen sollten.

Die Weimarer Verfassung wie die Grundgesetze der Demokratie müssen eiserner Bestandteil im Bewußtsein eines jeden Jungen werden. Nur dann wird es möglich, den Staat zu schaffen, der in der Weimarer Verfassung sein Programm erhalten hat, den wahren demokratischen Gemeinschaftsstaat.

Noch ist die Weimarer Verfassung nur Programm. Daß sie noch nicht mehr ist, daran haben nicht zuletzt all die Nörgler der letzten Jahre schuld, denen alles nicht rasch genug ging, und die Republikaner, die abwartend das Treiben der Rechts- wie Linksradikalen gewähren ließen.

Die Republik hat lange gewartet. Der Unmut über die unerträgliche Toleranz, die von den Republikanern geübt wurde, nicht weniger die Dreistigkeit der Rechts- wie Linksradikalen hat den Republikanern endlich Entschlossenheit gegeben. Das Reichsbanner wurde gegründet. Als Abwehrorganisation gegen Rechts und Links.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold kämpft mit den gleichen Waffen, mit denen die Republik angegriffen wird. Wann und wo auch immer solch Kampf erforderlich sein wird, — die Jugend wird dabei sein.

Im schwarz-rot-goldenen Kampfwagen

Von Robert Breuer

Am Rathenau-Tage hat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zum erstenmal der Reichshauptstadt gezeigt, daß es keine hohlen Worte waren, die Paul Löbe im neuen Reichstage gesprochen hatte: binnen wenigen Wochen werden die Republikaner den verfassungswidrigen Umtrieben der Monarchisten, Hakenkreuzler, Pogromisten und Putschisten aller Art eine schlagfertige Abwehrtruppe, eine gewaltige Macht zum Schutze der Republik entgegenstellen können. Nun ist es soweit. Für Berlin war der Rathenau-Tag die erste Generalprobe. Aus allen Vierteln der Stadt kamen die Lastautomobile, trafen sich und schlossen sich zu langer, ganze Straßenzüge übergreifender Reihe zusammen: eine rollende Phalanx von Männern und Jünglingen, von Kriegserprobten und Kampfwilligen, Tausende unter einem Wald von schwarz-rot-goldenen Fahnen — die Wagenburg der Republik. Jeder dieser Kampfwagen gehorchte einem Führer; die Disziplin war vollkommen. Die einheitliche Uniform war nur eine Versinnbildlichung des Geistes, der diese Männer und Jünglinge beseelt.

Für diesmal war es nur eine Parade, eine Trauerparade für Walther Rathenau. Für eines der Opfer des verwilderten, zum Banditismus entarteten Militarismus, dem die endlich erwachte Entschlossenheit des Volkes die freiwillige Miliz der Republik entgegenstellt. Den Krieg vorbereiten, heißt den Frieden sichern. Die nationalen Putschisten kennen dies Wort und werden es wahrscheinlich schätzen. Nunmehr sollen sie danach behandelt werden. Die Kampfwagen, die zur Rathenau-Parade fahren, mögen eine erste, aber ernste Warnung sein. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold marschiert; sein Marsch ist unaufhaltsam. Schon sind Hunderttausende eingeschrieben, bald werden es Millionen sein. Wer sich dem Banner entgegenstellt, wer Republik und Verfassung verbrecherisch gefährden will, wer die Mehrheit des deutschen Volks vergewaltigen möchte, wird die Wucht der republikanischen Schutzwehr schnell und empfindsam zu spüren bekommen. Der Spuk der Hakenkreuze und der schwarz-weiß-roten Kokarden muß und

wird verfliegen. Auf einen Korsaren setzen wir anderthalbe und auf einen Stahlhelm ein Dutzend. Wenn es sein muß, so sind wir fest entschlossen, den Moskowiten zu zeigen, wie töricht es ist, wenn sie uns verkappte Fascisten heißen. Aber auch die Moskowiten selbst werden, wenn sie es haben wollen, schneller vielleicht als ihnen angenehm ist, erfahren, daß die Zeit vorbei ist, wo die Demokratie niedergeknüppelt werden konnte.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist keine Angelegenheit der Sozialdemokratie, keine Angelegenheit der Parteien. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist die Rettung der Republik, die Sicherung der Demokratie, Niederlage für alle Feinde der Verfassung und scharfer Schutz für alle, die ehrlich und friedlich innerhalb der Volksgemeinschaft die Vielfältigkeit der deutschen Art sich entwickeln und ausreifen lassen wollen.

Auf der Hinfahrt quer durch die City, mitten durch die Arbeiterviertel, durch die Vorstädte der geballten Industrie gab es gewaltiges Aufsehen. Dieser wandernde, rollende Wald von Reichsflaggen war etwas Ungewohntes. Stauend blieben die Leute stehen, und auch dann begriffen sie noch nicht ganz, wenn von den Wagen das Hoch auf die Republik machtvoll schallte. Die Rückfahrt zeigte ein ganz anderes Bild. Kilometerlang stand die Bevölkerung Spalier, grüßte die Fahne, antwortete dem Hochruf, war mit ihrem Herzen bei der republikanischen Wagenburg. Das Reichsbanner ist durch diese Parade, die der Totenehrung Rathenaus galt, neu und stark, in weiten Vierteln Groß-Berlins aufgepflanzt worden.

Es wurde schon dunkel, als der Marsch zum Grabe Rathenaus beendet war. Neben den rollenden Kolonnen waren große Scharen zu Fuß gekommen. Alle wußten, was sie wollten. Solch Wissen und solch Wollen war der Rhythmus, nach dem dieser Marsch sich vollzog. Schwarz-rot-golden war die Luft um den Sarkophag des Märtyrers. Die Geschichte weiß, was Märtyrer leisten.

Die republikanischen Massen, die sich unter dem Reichsbanner zusammenfinden, wollen solcher Geschichtserfahrung neue Bestätigung geben.

Als die Wagen zurückfuhren, brannten die Fackeln. Die fliegenden Flammen warfen gewaltige Schatten auf Straßen und Häuser. Die Fahnen rollten in Wellen, die Motore brausten, und tausendfach donnerte der Ruf auf die Republik. Das war nicht mehr eine Demonstration, das war eine Tat. Den Landschädlingen: ein wildes Heer. Denen, die die Republik wollen: ein gute Wehr und Waffen.

Nationalistische Organisationen und Außenpolitik

Von * * *

In dem Schreiben, das Herriot und Mac Donald am 22. Juni bei ihrer Zusammenkunft in England gemeinsam an den Reichskanzler gerichtet haben, wird zum Ausdruck gebracht, daß die Entente in der nationalistischen Bewegung in Deutschland, insbesondere in den zahlreichen nationalistischen Organisationen eine Gefahr für den Frieden erblicke. In dieser Gefahr wird ein Argument für die Notwendigkeit der Annahme der Entwaffnungsnote der Entente gefunden. In der Note aus Chequers heißt es wörtlich: „Gleichzeitig erhalten wir die beunruhigenden Berichte über die unausgesetzte und zunehmende Aktivität der nationalistischen und militaristischen Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen treffen, um in Europa neue bewaffnete Konflikte hervorzurufen. Diese Berichte sind zu zahlreich und zu substantiiert, als daß man sie vernachlässigen könnte.“

Um diese Äußerung richtig zu bewerten, muß man berücksichtigen, daß der Kriegsminister im Kabinett Herriots Nollet heißt. General Nollet hat als Chef der militärischen Ueberwachungskommission seit vier Jahren die innerpolitische Entwicklung in Deutschland mit angesehen und hat die Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben gewiß nicht nur den rein technisch militärischen Dingen, sondern den Fragen der nationalen Organisationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es ist selbstverständlich, daß die Tätigkeit solcher Ueberwachungskommissionen, die eine Folge der Durchführung des Friedensvertrages sind, in Deutschland als peinlich empfunden wurde und empfunden wird. Das kann nicht daran hindern, mit der Tatsache zu rechnen, daß diese Kommissionen gearbeitet haben, und daß sie über gewisse Verhältnisse in der nationalistischen Bewegung vermutlich besser unterrichtet sind, als der größte Teil der deutschen Oeffentlichkeit. Freilich muß nun nach dem Wortlaut der oben zitierten Äußerung angenommen werden, daß man die Macht und die Bedeutung dieser Verbände doch stark überschätzt. Wenn aber das Schreiben, das die Unterschriften Herriots und Mac Donalds trägt, auf die Organisationen der nationalen Bewegung

in Deutschland besonders hinweist, so hat die deutsche Oeffentlichkeit alle Ursache, dieser Frage selbst ihre Aufmerksamkeit zu widmen.

Seitdem durch das Ultimatum am 15. Mai 1921 von der Entente die Auflösung der „Orgesch“ und einzelner Freikorps (die von der Reichsregierung durch die Entscheidung vom 10. Mai 1921 damals zugestanden wurde) gefordert wurde, hat sie die Entente zwar mit der Entwaffnungsfrage, nicht mehr aber mit der Frage der Organisationen beschäftigt. Nach Ausbruch des Ruhrkrieges hat die Ueberwachungskommission ihre Arbeit eingestellt. Dafür aber, daß das Ausland über die Tätigkeit unserer angeblich „nationalen Verbände“ hinreichend unterrichtet wurde, haben diese Verbände selbst gesorgt. Im Laufe des Jahres 1923, besonders aber im Laufe der letzten Monate, sind die verschiedenen deutschen nationalistischen Verbände so oft mit Veranstaltungen und Kundgebungen an die Oeffentlichkeit getreten, daß es nicht erstaunlich ist, daß sie die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich gelenkt haben. Es sei nur an die verschiedenen deutschen Tage erinnert, die im Laufe des Jahres 1923/24 an den verschiedensten Plätzen stattgefunden haben und die immer mit Massenversammlungen, großen Reden und Vorbeimärschen geschlossener Vereinsgruppen ausgefüllt waren und an denen sich Nationalsozialisten und ähnliche Verbände in Bayern, in Norddeutschland und Mitteldeutschland, vor allem der Stahlhelm, der Werwolf, der Jungdeutsche Orden, der Wikingbund, der Bismarckbund und kleinere Bünde beteiligten. Der Deutsche Tag in Halle, unter dem Protektorat Ludendorffs und einiger Hohenzollernprinzen, hat zuletzt noch einmal das Musterbeispiel einer solchen Veranstaltung im größten Ausmaß gezeigt. Reden, Berichte, Bilder von diesen Veranstaltungen sind in allen Zeitungen und illustrierten Blättern verbreitet worden, zum Teil sind sogar besondere Erinnerungshefte erschienen, die in Bild und Wort alle Vorgänge dieser Tage bis in alle Einzelheiten hinein schildern.

Endlich sind in den letzten Monaten öffentliche Erklärungen, Kundgebungen, Beschlüsse dieser Verbände zu innen- und außenpolitischen Fragen zu einer ständigen Erscheinung im Bilde der Zeitungen geworden.

Die Kundgebungen zu den wichtigsten außenpolitischen Fragen waren meist ohne jedes Verständnis für die Weltlage und ohne jede Rücksicht auf die tatsächliche Situation Deutschlands im Stil und in der Redeweise der alten kaiserlichen Zeit abgefaßt. Trotz dieses anmaßenden Auftretens in der Oeffentlichkeit waren die Verbände gegen Angriffe immer sehr empfindlich und suchten sich immer als die berufenen Hüter der nationalen Güter innenpolitisch wie außenpolitisch hinzustellen.

Als die „Vossische Zeitung“ vor einiger Zeit eine Zusammenstellung der rechtsradikalen Verbände gebracht hatte, antwortete der „Jungdeutsche Orden“ in einer in der „Kreuzzeitung“ veröffentlichten Kundgebung folgenden Wortlauts:

„Veröffentlichungen, wie diejenigen der „Vossischen Zeitung“ über Geheimorganisationen in Deutschland, stellen nach Ansicht des Jungdeutschen Ordens nicht nur eine auf der Hand liegende Sabotierung der deutschen Interessen in außenpolitischer Hinsicht dar, sondern sind auch geeignet, den Gegenstand des völkischen Deutschlands zu den hinter der „Vossischen Zeitung“ stehenden international orientierten Kreisen zur Siedehitze der Erbitterung zu steigern. Der Jungdeutsche Orden macht die verantwortlichen Stellen der Regierungen nachdrücklich darauf aufmerksam, daß Veröffentlichungen, wie die hier gekennzeichnete der „Vossischen Zeitung“, geeignet sind, die Ruhe und die öffentliche Ordnung in Deutschland zu gefährden und nicht anders von den Regierungen behandelt werden dürfen als Ausführungen, die in diesen Tagen zum Verbot der „Deutschen Zeitung“ und der „Roten Fahne“ geführt haben.“

Gleichzeitig erklärte der Jungdeutsche Orden aber selbst in der offenerzigsten Weise, daß er nicht 100, sondern 7000 Ortsgruppen besitze, daß also die von der „Vossischen Zeitung“ angegebene Gesamtstärke von 100 000 Mitgliedern nur ein kleiner Bruchteil seiner tatsächlichen Mitgliederzahl sei. Der Jungdeutsche Orden steht also auf dem Standpunkt, daß alle Nachrichten über die vaterländischen Organisationen dem außenpolitischen Interesse des Reiches schaden. Es ist erstaunlich, daß bei dieser Auffassung der eigenen Bedeutung der Jungdeutsche Orden sich nicht abhalten läßt, sich mit großem Aufgebot an den Aufmärschen an den verschiedenen Deutschen Tagen zu beteiligen. Einige Tage vorher war in der „Deutschen Zeitung“ über eine Versammlung des Jungdeutschen Ordens in Goslar berichtet worden, in der der General Märker über die deutschen Kolonien sprach. In der Notiz heißt es: „Er stelle die Forderung auf, daß wir uns unsere Kolonien zurückholen müßten, nicht etwa durch papierene Noten und Proteste, sondern durch den Kampf mit dem Schwerte.“

Ein weiteres Beispiel für viele solcher Fälle: Die Vereinigten Vaterländischen Verbände veröffentlichen am 19. Mai (Dt. Ztg.) eine Entschliebung, in der sie ihre Empörung über das Verbot der Schlageterfeier in Berlin zum Ausdruck bringen. In der Entschliebung heißt es: „Die Vaterländischen Verbände verlangen eine Regierung, die mit Entschlossenheit allen französischen Vernichtungsversuchen entgegentritt und unsere Ehre als Nation und Volk nicht antasten läßt.“

Ist es ein Wunder, daß die Vaterländischen Verbände durch solche Kundgebungen zu außenpolitischen Fragen die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich ziehen, und daß, wie wir in dem Schreiben von Mac Donald und Herriot sehen, diese Kundgebungen, verbunden mit den halb-militärischen Schaustellungen, im Ausland Befürchtungen erwecken müssen? Ganz unzweifelhaft wird der Wert dieser Erklärungen und Feiern im Ausland stark überschätzt. Man nimmt die Verbände viel zu

erst, wenn man den Verbänden irgendwelche militärische oder gar außenpolitische Bedeutung beimißt.

Die deutsche Regierung hat in ihrer Antwort auf die Entwaffnungsnote mit vollem Recht betont, daß die Mehrheit des deutschen Volkes den Gedanken an den Krieg ablehnt. Im übrigen ist auch aus ihren Kreisen, anläßlich der letzten Wahlen allerdings, ausdrücklich erklärt worden, daß sie nicht daran dächten, einen Krieg vorzubereiten. Anläßlich des Wahlaufufes der Reichsregierung in den ersten Tagen des Mai haben die Vaterländischen Verbände eine Gegenerklärung erlassen und gegen ihn protestiert, weil dieser Aufruf den Wählermassen die Möglichkeit eines neuen Krieges vortäusche, wenn die Rechtsparteien an die Regierung kommen. Dies sei eine unverantwortliche Irreführung, weil alle nationalen Führer sich bewußt seien, daß der Verzweiflungskrieg des wehrlosen deutschen Volkes aussichtslos ist.

Die deutsche Regierung ist durchaus im Recht, wenn sie in ihrer Note scharf unterscheidet zwischen denjenigen Organisationen, die rein sportlichen Zwecken und der Erziehung der Jugend dienen und zwischen anderen halb-militärischen Verbänden. Sie hat in ihrer Note die Zusicherung gegeben, daß sie sich ernstlich bemüht hat, „die Entwaffnung gewisser politischer Verbände, die mit den Turn- und Sportvereinen nicht verwechselt werden dürfen, rücksichtslos durchzuführen, so daß von einer ernsthaften Bewaffnung dieser Verbände nicht mehr die Rede sein kann.“ Diese Feststellung von seiten der Reichsregierung ist geeignet, auch innerpolitisch beruhigend zu wirken. Sie wird bestätigt durch gewisse Tatsachen, die sich anläßlich des Hitler-Putches in Bayern ergeben haben.

An die oben zitierte Äußerung der Vaterländischen Verbände gegen den Wahlaufuf der Reichsregierung hat der „Vorwärts“ s. Zt. mit Recht folgende Frage geknüpft:

„Ist es richtig, daß Deutschland nicht daran denken kann, einen Krieg zu führen, dann bedeuten die legitimen und illegitimen militärisch aufgezogenen Kampfverbände vom außenpolitischen Gesichtspunkt aus eine schwere Schädigung der deutschen Interessen. Sie haben überhaupt nur einen Zweck, wenn sie für innerpolitische Konflikte bereitgehalten werden, d. h. es sind Organisationen für den Bürgerkrieg und müssen deshalb mit allen Mitteln bekämpft werden.“

Die Vaterländischen Verbände, über deren eigentliche Bedeutung große Unklarheit herrscht und die zahlenmäßig sicher stark überschätzt werden, haben vor wenigen Tagen in einer Eingabe an den Oberreichsanwalt gefordert, daß alle Mitteilungen über Waffenfunde, die im Reichstag oder in der Presse gemacht werden, mit dem Tode zu bestrafen seien. In konsequenter Fortsetzung dieser ebenso törichten wie schädlichen Politik veröffentlichen diese Verbände jetzt einen Bericht über ihre Vertreterversammlung vom 30. Juni, in der über „die landesverräterische

Zusammenarbeit der sozialistischen, demokratischen und pazifistischen Kreise Deutschlands mit dem feindlichen Ausland“ beraten worden war. Als Ergebnis dieser Vertretersitzung wurde angeblich die „planmäßige Verfolgung jedes Falles von Landesverrat und Spionage“ beschlossen. Diese Kundgebung ist ebenso dumm wie anmaßend. Die Verfolgung derartiger Vergehen ist Sache der Justizbehörden und nicht irgendwelcher privater politischer Organisationen. Gerade solche Kundgebungen sind in hohem Maße geeignet, das Mißtrauen des Auslandes gegen die nationalen Organisationen herauszufordern, da sie den Anschein erwecken, als ob Deutschland tatsächlich große Geheimnisse in militärischen Dingen zu verbergen hätte. Tatsächlich ist die Entwaffnung Deutschlands so weit fortgeschritten, daß, wie die Verbände ja selbst in der obenerwähnten Erklärung zugegeben haben, niemand im Ernst daran denken kann, daß Deutschland in absehbarer Zeit einen Krieg gegen moderne und wohl ausgerüstete Heere führen kann. Im Auslande wird verkannt, daß alle diese Organisationen, daß auch diese Kundgebungen vor allem innerpolitische Ziele verfolgen, die nicht nur den Zweck haben, innerpolitische Umtriebe gegen die Verfassung, gegen die Demokratie im Reiche zu decken. In leichtfertiger Weise schützen diese Organisationen außenpolitische Ziele und Absichten vor, um ihre innenpolitischen Geschäfte ungehindert betreiben zu können. Die nationalistische Hetze dient in erster Linie den innenpolitischen Zwecken. Das ist auch daraus zu ersehen, daß sie Hand in Hand mit Judenhetze betrieben wird.

Diese Tatsache wird in dem Bericht über die erwähnte Versammlung der Vaterländischen Verbände ganz besonders offensichtlich. Auf der Vertretertagung dieser Verbände wandte sich nämlich der sattsam bekannte Abgeordnete Geisler insbesondere gegen die neugeschaffene republikanische Organisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, die man damit auch außenpolitisch zu verdächtigen suchte, daß man behauptete, nach dem Willen ihrer Führer soll diese Organisation an die Stelle der Reichswehr treten. Das Reichsbanner ist eine reine Abwehrorganisation gegen die Gefahren, die durch die nationalistischen Verbände, innenpolitisch, bestehen. Außenpolitisch sind die nationalistischen Verbände ohne jede Bedeutung. Darüber darf auch ihr anmaßendes und lärmendes Auftreten und ihre Einmischungsversuche in außenpolitischen Fragen nicht hinwegtäuschen.

Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot

Von Senator Gerth

Zwei Kräfte ringen seit Jahrhunderten in der deutschen Geschichte um die Macht. Fürst und Volk, autokratische und demokratische Tendenzen liegen in zähem, wechselvollem Kampf miteinander. Dieser Kampf wird um so intensiver, je mehr er mit den wirtschaftlichen Kämpfen der Neuzeit zusammenfällt und je mehr das Volk die Staatslasten, bestehend im Kriegsdienst und Steuerzahlen, zu tragen hatte, und je weniger auf der anderen Seite die Monarchie sich als tragfähig für die Aufgaben einer Staatsmaschine der Neuzeit erwies. Andere Völker haben diese Sturm- und Drangzeit schon seit langem hinter sich und haben ihre Verfassungen. Das deutsche Volk ist in dieser Hinsicht in der Entwicklung hinter anderen zurückgeblieben. Beide Bestrebungen haben gleichsam ihre Flagge. Schwarz-Weiß-Rot ist die Flagge aller derer, die in der Stärkung autoritärer Mächte die Voraussetzung für jede in ihrem Sinn erfolgreiche Politik sehen. Schwarz-Rot-Gold dagegen weht als Panier über allen Bestrebungen, die im Volk den Grund und Träger jeder gesunden Politik erblicken. Ausgestaltung und dauernde Erweiterung der Volksrechte ist ihr Ziel. Sie wollen eine gesunde Weiterentwicklung und weitblickenden Ausbau demokratischer Tendenzen, eine Evolution. Zur Revolution greift die demokratische Tendenz nur dann, wenn ihr der Weg zu weiterer Entwicklung mit Gewalt verbaut wird. Der Reaktion muß mit Revolution geantwortet werden.

Wir brauchen auf diese Kämpfe hin nur das letzte Jahrhundert der deutschen Geschichte einer flüchtigen Durchsicht zu unterziehen. Die schwarz-rot-goldene Bewegung ist als Volksbewegung erwacht im Befreiungskampf Deutschlands gegen den napoleonischen Bedrucker. Er hatte die Fürsten ganz Europas und ihre bewaffnete Macht völlig niedergeschlagen. Die Kraft des innenpolitisch erneuerten französischen Volkes hatte sich damit siegreich durchgesetzt gegen die morschen autokratischen Systeme im alten Europa. Die beiden Schlachten von Austerlitz (1805) und Auerstädt (1806) hätten endgültig gegen die Fürsten und für Napoleon entschieden, beide Niederlagen wären die schweren Grabsteine geworden, die Napoleon auf die deutsche Fürstenmacht gewälzt hatte, die Fürsten allein würden nie vermocht haben, ihrer Gruft wieder zu entsteigen, wenn nicht die frische Kraft des erwachenden Volkes die Nation befreit hätte. Diese europäische Volksbewegung ging von Spanien aus, fand in Tirol ihre erste begeisterte Aufnahme in Großdeutschland. Auch die Fürsten wurden endlich von dieser elementaren Volksbewegung mitgerissen. Leipzig und Waterloo sind die ewigen Zeugen für die Macht nach Freiheit dürstender, endlich aus der Knechtschaft erwachender Völker. Die Autorität der deutschen Fürsten war bei Austerlitz und Auerstädt zusammengebrochen, die Macht des Volkes hingegen erwachte bei Leipzig und Waterloo. Mit dieser Selbstbefreiung vom fremden Joch befreite das Volk auch die Fürsten von den Ketten, die Napoleon ihnen geschmiedet hatte. Die Macht, die das Volk in den Kriegen gegen Napoleon an den Tag gelegt hatte, suchte in der Nachkriegszeit ihre verfassungsrechtliche Anerkennung. Das Volk wollte

eben nicht nur für das Vaterland sterben, es wollte auch in ihm leben und ein lebenswürdiges politisches Dasein führen. Oder sollte es sich etwa nur deshalb von der Franzosenherrschaft befreit haben, um sich um so williger unter das Joch der eigenen Fürsten zu beugen? Ein Fehler aber war es, daß das Volk, das im Kriege seine Macht ohne die Fürsten gezeigt hatte, im Frieden nach Anerkennung dieser Volksmacht durch die schwachen Fürsten strebte und nicht den entscheidenden revolutionären Schritt zu tun wagte, sich an Stelle der angestammten Fürsten als die Grundlage alles staatlichen Seins zu setzen und so die Hoheit des Volkes als den rocher de bronze zu stabilisieren. Das Volk wollte in seiner Bescheidenheit sich nur neben, sogar unter die Fürstenmacht stellen. Diese Bescheidenheit rächte sich; sie trug zur Stärkung der bis dahin ohnmächtigen Gewalt der Fürsten bei. Das Volk hob seine Tyrannen wieder in den Sattel. Es konnte lange auf die Erfüllung der im Kriege gemachten Versprechungen seiner Fürsten warten. Sie blieben alle leere Worte. Mit Napoleon war das deutsche Volk fertig geworden, mit seinen eigenen Fürsten gelang es ihm nicht. So begann die bitterste, reaktionärste Epoche der deutschen Geschichte, der sogenannte 33jährige Belagerungszustand von 1815 bis 1848. Das Revolutionsjahr selbst brachte nur einen unzulänglichen Versuch, das schwarz-weiß-rote Joch der deutschen Fürstenherrschaft, das das napoleonische Joch abgelöst hatte, abzuschütteln. Wenn auch der König von Preußen mit schwarz-rot-goldener Armbinde durch die Straßen Berlins ritt, so war dies nur die Maske, um die reaktionäre Bewegung und ihre Absichten geschickt zu verschleiern. Die Armbinde bezeugte, daß die schwarz-rot-goldene Sache ihm nur eine Aeußerlichkeit war und ihm nicht Herzenssache wurde. Schon ein Jahr später konnte der König von Preußen die schwarz-rot-goldene Bewegung wieder verleugnen und die Krone aus den Händen des Volkes ablehnen. Er erkannte also die Souveränität des Volkes nicht an. Die schwarz-weiß-rote Bewegung sollte daher bald neue Orgien feiern. Wenn die 48er Revolution einen Metternich hinwegjagte, so kam dafür bald ein Bismarck. Unter ihm gelangte Schwarz-Weiß-Rot auf einen Höhepunkt. Sein Wahlspruch, die deutsche Frage nur durch „Blut und Eisen“ zu lösen, den er bereits acht Tage nach seiner Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten aussprach, nicht etwa im vertrauten Kreise, sondern im Abgeordnetenhaus, das in seiner Mehrheit ihm feindlich gegenüberstand, ist die Losung für Bismarcks gesamte Amtszeit geblieben. „Blut und Eisen“ ist aber auch zugleich der Wahlspruch für jede schwarz-weiß-rote Politik geworden. Die schwarz-weiß-rote Bewegung setzt ihre Hoffnungen allein auf das Schwert; sie will nicht die gesunden Kräfte einer Volksherrschaft anerkennen. Sie überschätzt das eine und unterschätzt das andere. Die Kriege, die Bismarck nach seinem Ausspruch führte, hatten keine außenpolitischen Ziele, sondern dienten lediglich innenpolitisch reaktionären Zwecken. Durch den Krieg mit Dänemark (1864), für den er sich die Bundesgenossenschaft Oesterreichs nur deswegen gewann, weil die Kriegszielfrage unerörtert blieb, und durch den Krieg (1866) mit Oesterreich, mit der Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland, erstrebte und erreichte er eine gewaltige Vermehrung des preußischen Staatsgebietes und schuf dadurch die Voraussetzung für seinen Plan, die Krone Preußens, sowohl den übrigen deutschen Ländern als auch dem eigenen preußischen Parlament gegenüber, zu stärken. Der Krieg von 1870/71 hatte von vornherein das Ziel, das durch die beiden vorausgehenden Kriege gestärkte und von der österreichischen Nebenbuhlerschaft befreite Preußen zur führenden und ausschlaggebenden Macht im neuen Deutschen Reich zu machen. Was Metternich zur Stärkung des Ansehens der Krone nur auf innenpolitischem Gebiet und durch

Polizeimaßnahmen vergebens erstrebt hatte, das war Bismarck gelungen durch außenpolitische Handlungen und glücklich geführte Kriege. Glück und Ende dieser schwarz-weiß-rotten Bewegung war aber an die Person Bismarcks gebunden. Ihm war es gelungen, den ersten deutschen Kaiser zu schaffen, ihm war es aber auch nicht erspart worden, den letzten deutschen Kaiser und den traurigen Abstieg seines Reiches zu sehen und das ruhmlose Ende seiner Schöpfung zu ahnen. Die Krone hätte, wenn sie weiter dem Volk seine Rechte vorenthalten wollte, und wenn sie weiter die ausschlaggebende Rolle in der Reichspolitik spielen wollte, fernerhin klug beraten sein müssen. Die schwarz-weiß-rote Politik war auf Personen gestellt, statt auf das Volk; sie stand und fiel mit ihnen. Aber Bismarck, eine der Hauptpersonen, wurde von der Krone, deren Ansehen er wiederhergestellt und aufs neue begründet hatte, aufs schmachlichste entlassen. Die Qualität der gesetzlichen Berater der Krone wurde immer schlechter, und so sah Bismarck die Monarchie in ihrem Glanze, aber auch in ihrer Verzerrung durch Wilhelm II., unter dem durch die mangelhafte und unfähige Diplomatie allmählich all das wieder eingerissen wurde, was Bismarck aufgebaut hatte. Die deutsche Kaiserkrone war auf dem Schlachtfelde entstanden, da der König sie aus den Händen des Volkes nicht hatte annehmen wollen. Wie Kronen aber gewonnen werden, so gehen sie auch verloren. Auf Sedan folgte, nicht ganz 50 Jahre später, der Zusammenbruch.

Erst die Novemberrevolution 1918 hat der schwarz-weiß-rotten Bewegung ihr Ende gesetzt. Die Fürstenmacht war, wie in den Befreiungskriegen, schmachlich zusammengebrochen. Vergeblich hat der deutsche Kaiser während des Krieges versucht, seinem wankenden Thron durch die gewohnten Versprechungen auf Stärkung der Volksrechte durch die Einführung des Parlamentarismus eine neue Stütze zu geben. Vergeblich hat er nach einem rettenden Boden den Anker ausgeworfen, vergeblich im Oktober 1918 eine grundlegende Verfassungsreform angeordnet. Mit Reformen aber war es vorbei, die nur den einen Zweck haben sollten, zur Erleichterung des Friedensschlusses zu dienen, die nur eine demokratische Fassade vortäuschen sollten, die nach Friedensschluß der üblichen Reaktion zum Opfer gefallen wäre. Auf eine hundert Jahre alte Reaktion konnte nur eine Revolution die gebührende Antwort geben. Das Volk hätte nicht seine Freiheit verdient, wenn es sie nochmals aus der Hand der Fürsten hätte empfangen wollen, wenn es noch einmal den historischen Fehler gemacht hätte, sich neben und unter die Fürstengewalt zu setzen, und nicht an ihre Stelle.

Trotz innerer Unruhen von rechts- und linksradikaler Seite, trotz schwerer Bedrückung durch unsere äußeren Feinde hat das Volk seine Herrschaft aufgerichtet und in einer Verfassung gesetzlich festgelegt. Dieser Sieg des Volkes über seine inneren Machthaber kommt zum Ausdruck in den einleitenden Worten der Weimarer Verfassung: „Das deutsche Volk hat sich diese Verfassung gegeben; die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Es war noch nicht 50 Jahre her, daß das deutsche Volk von der Gnade seiner Fürsten eine Verfassung erhalten hatte, eine Verfassung, deren Anfang bezeichnend lautet: „Seine Majestät . . .“, eine Verfassung, die die Rechte des Volkes nie erwähnt, wohl aber fortgesetzt die des Kaisers und seiner Fürsten. Etwas über 100 Jahre waren vergangen, daß deutsche Fürsten als Dank für die großen Taten ihres Volkes in langen Kriegen auch die bescheidensten verfassungsrechtlichen Freiheiten ihrem Volke verweigerten.

Endlich hat Schwarz-Rot-Gold gesiegt. Ein vom Volk gewählter Präsident steht an der Spitze des Reiches. Die Flagge des Volkes weht auf dem Mast des deutschen Reichstagsgebäudes, auf den Ministerien, auf den Amtsgebäuden in Stadt und Land. Sollen wir uns aber damit

begnügen, daß der Präsident ein Republikaner ist, und daß die Flaggen hoch oben auf den Masten der Staatsgebäude flattern, drinnen aber in den Stuben unserer Aemter und in den Zimmern unserer höheren Schulen der finstere Geist der Reaktion umgeht? Sollen wir uns damit begnügen, daß die Flagge der Herrschaft des Volkes auf die staatlichen Gebäude beschränkt bleibt und nicht auf den Privathäusern gehißt wird, daß man in und auf den Bürgerhäusern sich immer noch zur schwarz-weiß-roten Fahne der unbeschränkten Fürstenmacht bekennt, sich als Fürstene knechte lieber sieht, statt als freies Volk. Der Knechtsinn ist ungezählten Bürgern angeboren; er erleichtert der Reaktion das Werk. Sie marschirt, wie sie nach 1815 und 1848 marschierte. Zum dritten Male hebt sie aus zum Schlage gegen die Volksrechte. Hat sie Erfolg, wie sie schon früher erfolgreich gewesen ist, so wird sie schlimmer wüten als je zuvor, weil diesmal die schwarz-rot-goldene Bewegung stärker war als zuvor. Metternich und Bismarck werden in den Schatten gestellt und weit übertroffen werden von dem kommenden Führer der neuen Reaktion. „Blut und Eisen“ wird wieder Trumpf werden. Bürgerblock und Bürgerkrieg, Revanchepolitik und Revanchekrieg sind seine Folgen. Nicht in der Verständigung und Versöhnung der Völker, nicht in der Mitwirkung im Völkerbund, sondern in der Völkerverhetzung wird man das deutsche Wesen erblicken und den andern Völkern aufzuzwingen suchen. Damit werden sie nur von neuem den Vorwurf des Barbarentums dem deutschen Volke zuziehen.

Wir haben andere, größere und edlere Ziele. Unter der schwarz-rot-goldenen Fahne wollen wir das deutsche Volk zu einer Nation erst bilden. Das deutsche Volk muß erst aus einem geographischen ein staatsrechtlicher Begriff werden. Die Deutschen Oesterreichs sind noch immer von uns getrennt. Die Vereinigung mit ihnen bildete bereits die Sehnsucht von Marx und August Bebel; ersterer sah in dem Werden des deutschen Volkes zu einer Nation die Voraussetzung für sein weltpolitisch friedliches Wirken. Bebel rechnete bereits Bismarck die Deutschen vor, die noch in fremden Staaten lebten; er war der erste, der auf eine deutsche Irredenta hinwies. Die Weimarer Verfassung hat wiederum diese Vereinigung als erstes außenpolitisches Ziel im Auge; nur so konnte sie mit Berechtigung vom deutschen Volk, von den deutschen Stämmen und von der schwarz-rot-goldenen Fahne sprechen. In ihrem zweiten Artikel hat sie dem österreichischen Brudervolk den Eintritt ins Deutsche Reich verfassungsrechtlich festgelegt. Daß er von bürgerblöcklichen Regierungen nicht betrieben werden wird, ist klar; diese Vereinigung würde als ein erster außenpolitischer Erfolg nur zur Stärkung der Republik beitragen. Die Vereinigung der beiden Bruderrepubliken kann nur von Republikanern bewerkstelligt werden, nur von der schwarz-rot-goldenen Bewegung. Den Revanchepolitikern, die einseitig auf einen Krieg mit Frankreich eingestellt sind, halten wir dieses Ziel entgegen, die Schaffung der eigenen Nation auf friedlichem Wege. Nicht nach fremdem Volksgut gelüstet es uns, nur das unsrige wollen wir haben. Das wird uns angehören länger als ein erobertes fremder Besitz. Dann erst wird man von einer deutschen Nation, von einem deutschen Volke sprechen können. Dann wird man mit Achtung vom deutschen Wesen sprechen und keinen Grund haben, es zu beschimpfen. Ueberall, wo die deutsche Zunge klingt, wird man sich mit Liebe zur deutschen Flagge bekennen. Dann werden nicht nur die Aemter, auch die Bürger sie hissen; nicht nur hoch oben auf den Dächern wird sie wehen, sondern auch in den Herzen sein die schwarz-rot-goldene Flagge!